



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

43. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. November 1990

Nummer 82

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
21261	26. 9. 1990	RdErl. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Internationale Impfbescheinigungen über Gelbfieber-Schutzimpfungen	1508
2160	26. 9. 1990	RdErl. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	1508
7861	26. 9. 1990	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung von baulichen Maßnahmen in Althöfen, Aussiedlungen, Teil- und Betriebszweigauassiedlungen in der Landwirtschaft (EFP)	1508

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
Ministerpräsident	
8. 10. 1990	Bek. – Kgl. Niederländisches Generalkonsulat, Düsseldorf 1510
Innenministerium	
12. 10. 1990	RdErl. – Orientierungsdaten 1991 bis 1994 für die Finanzplanung der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen 1510
12. 10. 1990	RdErl. – Meldewesen; Zuständige Dienststellen im Gebiet der bisherigen DDR sowie Berlin (Ost) 1511
26. 10. 1990	Bek. – Öffentliche Sammlungen 1519
Finanzministerium	
23. 10. 1990	RdErl. – Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1990 – Bundeshaushalt – 1519
Justizministerium	
2. 10. 1990	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Duisburg-Ruhrort 1518
Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	
12. 9. 1990	Bek. – Durchführung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG); Vorschläge für die Berufung der Arbeitneh- merbeauftragten in den Berufsbildungsausschuß der Tierärztekammer Nordrhein 1518
Landschaftsverband Rheinland	
8. 10. 1990	Bek. – 9. Landschaftsversammlung Rheinland 1989–1994; Feststellung eines Nachfolgers 1518
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	
25. 9. 1990	Bek. – Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit der Stadt Herford 1519
Hinweise	
Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
Nr. 53 v. 4. 9. 1990	1520
Nr. 54 v. 26. 9. 1990	1520

I.

21261

**Internationale Impfbescheinigungen
über Gelbfieber-Schutzimpfungen**

RdErl. d. Ministeriums für Arbeit,
Gesundheit und Soziales v. 26. 9. 1990 -
V A 6 - 0202.414

Mein RdErl. v. 29. 10. 1984 (SMBL. NW. 21261) wird wie folgt geändert:

Die lfd. Nr. 9 wird ersatzlos gestrichen.

- MBL. NW. 1990 S. 1508.

2160

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe**

Bek. d. Ministeriums für Arbeit,
Gesundheit und Soziales v. 26. 9. 1990 -
IV B 2 - 61100

Meine Bek. v. 28. 5. 1990 (SMBL. NW. 2160) wird wie folgt geändert:

1. Nach den Wörtern „**Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Sitz Wuppertal**“ wird eingefügt: „(am 18. 4. 1966)“.
2. Die Wörter „**Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland e. V. in Düsseldorf**“ und „**Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Westfalen-Lippe e. V. in Hagen**“ werden gestrichen.
3. Nach den Wörtern „**Deutsches Jugendherbergswerk, Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e. V., Detmold (Bundesverband) (am 28. 10. 1977)**“ wird eingefügt:
Deutsches Jugendherbergswerk, Landesverband Rheinland e. V., Sitz Düsseldorf
(am 18. 4. 1966)
Deutsches Jugendherbergswerk, Landesverband Westfalen-Lippe e. V., Sitz Hagen
(am 18. 4. 1966).
4. Im Abschnitt „**Diakonisches Werk der Evang. Kirche von Westfalen, Landesverband der Inneren Mission e. V.**“ werden die Wörter „**Diakonisches Werk im Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld e. V.**“ durch die Wörter „**Diakonisches Werk im Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken e. V.**“ ersetzt.
5. Nach dem Wort „**Warendorf**“ im Abschnitt „**DJO-Deutsche Jugend in Europa, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.**“ wird eingefügt:
Eltern für Kinder e. V., Sitz Düsseldorf
(am 4. 9. 1990).
6. Nach den Wörtern „**Kolping-Bildungswerk, Diözesanverband Essen e. V., Sitz Essen (am 27. 10. 1978)**“ wird eingefügt:
Kolping-Familienferienwerk-Diözesanverband Essen e. V., Sitz Essen
(am 3. 8. 1990).
7. Die Wörter „**Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunst- und Kreativitätsschulen Nordrhein-Westfalen e. V., Sitz Remscheid (am 24. 10. 1975)**“ werden gestrichen.
8. Im Abschnitt „**Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste, Jugendkunstschulen Nordrhein-Westfalen e. V.**“ wird das Wort „**Herne**“ durch das Wort „**Unna**“ ersetzt.
9. Im Abschnitt „**Sportjugend des Landes Nordrhein-Westfalen im Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V.**“ wird nach den Wörtern „**Triathlonverband Nordrhein-Westfalen e. V.**“ eingefügt:

Pool-Billard-Landesverband Nordrhein-Westfalen 1982 e. V. (PBLNW).

- MBL. NW. 1990 S. 1508.

7861

**Richtlinien
über die Gewährung von Zuwendungen für die
Förderung von baulichen Maßnahmen in
Altgehöften, Aussiedlungen, Teil- und
Betriebszweigaussiedlungen in der Landwirtschaft
(EFP)**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft v. 26. 9. 1990 -
II A 3 - 2114/02-4133

Mein RdErl. v. 5. 8. 1986 (SMBL. NW. 7861) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Nummer 4.1 erhält folgende Fassung:

- 4.1 Es werden nur Betriebe und Betriebsteile gefördert, soweit
- 4.1.1 die daraus erzielten Einkünfte nach § 13 Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) der Land- und Forstwirtschaft zugerechnet werden und
- 4.1.2 für die zu fördernde Baumaßnahme die notwendige bauaufsichtliche Genehmigung (dazu zählt auch eine positiv beschiedene Bauvoranfrage) bei der Bewilligung vorliegt.

2. In Nummer 5.4.2 wird im letzten Satz des zweiten Absatzes das Wort „förderungsfähig“ durch das Wort „zuwendungsfähig“ ersetzt.

3. In Nummer 5.5.6.1 erhält der vorletzte Absatz folgende Fassung:

Zuschuß:
Verwaltungskostenbeitrag: 0,15 v. H. einmalig vom Zuschußbetrag

4. In Nummer 5.6.1 erhält der erste Halbsatz folgende Fassung:

„nach Nr. 5.5.7.2 bis zu 30 000 DM,“

5. In Nummer 6.1 erhält der erste Halbsatz des letzten Satzes folgende Fassung:

„Werden nur Zuschüsse gewährt,“.

6. Nummer 6.2 erhält folgende Fassung:

- 6.2 Betreuer sind
 - die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung GmbH, Düsseldorf,
 - andere natürliche und juristische Personen, die von mir auf Antrag zugelassen worden sind.

7. Nummer 7.1.5 erhält folgende Fassung:

- 7.1.5 Der Betriebsverbesserungsplan ist in 2facher Ausfertigung (eine Ausfertigung für den Geschäftsführer der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter im Kreise, eine Ausfertigung für die Bewilligungsbehörde) einzureichen. Wenn ein öffentliches Darlehen nach Nr. 5.5.6 beantragt wird, erhalten die Hausbank und das Zentrale Kreditinstitut zusätzlich je eine Ausfertigung.

8. In Nummer 7.2.2 erhalten die Buchstaben c) bis f) folgende Fassung:

- c) Geschäftsführer der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter im Kreise,
- d) INVESTITIONS-BANK (IB) NRW
außerdem, wenn ein öffentliches Darlehen gewährt wird,

- e) Zentrales Kreditinstitut
- f) Kreditinstitut (Hausbank)

Dies gilt auch für Änderungsbescheide.

9. Die Nummern 7.3.1 bis 7.3.2.2 erhalten folgende Fassung:

- 7.3.1 Die Anforderung der Darlehen erfolgt über die Hausbank - ggf. über das Zentralinstitut - bei der INVESTITIONS-BANK.

Die Auszahlung von Darlehen erfolgt durch die INVESTITIONS-BANK auf Abruf des Betreuers auf ein Konto des Zuwendungsempfängers (bei mehreren Zuwendungsempfängern auf ein gemeinsames Konto oder ein Konto eines der Zuwendungsempfänger). Dieses Konto ist bei einem Kreditinstitut mit der Maßgabe einzurichten, daß Verfügungen über das Konto nur mit Einwilligung des Betreuers getroffen werden können.

Von der jeweiligen Auszahlung der Mittel hat die INVESTITIONS-BANK die Bewilligungsbehörde unverzüglich schriftlich zu unterrichten.

- 7.3.2 Zuschüsse werden von der INVESTITIONS-BANK auf das vom Zuwendungsempfänger auf der Freigabebescheinigung angegebene Konto ausgezahlt.

- 7.3.2.1 In Fällen, in denen ein Betreuer eingeschaltet wird, erfolgt die Auszahlung auf Abruf des Betreuers gemäß Nr. 1.4 ANBest-P.

- 7.3.2.2 Wird kein Betreuer eingeschaltet, erfolgt die Auszahlung nach Vorlage von Rechnungen aufgrund einer Freigabebescheinigung der Bewilligungsbehörde gegenüber der INVESTITIONS-BANK.

10. Die Nummern 7.3.2.3 und 7.3.3 werden gestrichen.

11. Nummer 7.3.4 wird Nummer 7.3.3 und wird wie folgt geändert:

Die Wörter „- soweit Förderungsmittel durch Kreditinstitute nach Nr. 7.3.1 ausgezahlt werden - das Leitinstitut.“ werden gestrichen und durch die Wörter „die INVESTITIONS-BANK NRW.“ ersetzt.

12. Die Anlage 2 „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) In Nummer 6.1 erhält der 1. Absatz folgende Fassung:

Für den Betrieb habe ich oder hat mein Rechtsvorgänger in den letzten 6 Jahren bereits für weitere Maßnahmen Zuwendungen erhalten (z. B. bauliche Maßnahmen im Altgehöft, Zinsverbilligung, Agrarkreditprogramm, Nichtvermarktungs- und Umstellungsprämie)

- b) In Nummer 6.2.1 werden die Wörter „von der Bewilligungsbehörde“ gestrichen.

- c) Nummer 6.3.3 erhält folgende Fassung:

6.3.3 bekannt ist, daß der Zuwendungsbescheid erlischt, wenn ich/wir nicht innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Bewilligungsbescheides mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen habe(n),

- d) In Nummer 6.3.9 wird am Satzende der Punkt durch ein Komma ersetzt.

- e) Nach Nummer 6.3.9 wird folgende Nummer 6.3.10 angefügt:

6.3.10 der Bewilligungsbehörde innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mitgeteilt wird, ob mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen worden ist.

- f) In der Nummer 7 „Anlagen“ werden die folgenden Nummern angefügt:

- 12 ☐ Ermittlung der Großvieheinheiten je ha Gesamtfutteranbaufläche
- 13 ☐ Baurechtliche Genehmigung

13. Die Anlage 3 „Zuwendungsbescheid“ wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) In Nummer 2 „Finanzierungsart“ wird im ersten Satz nach dem Wort „Anteilfinanzierung“ das Wort „als“ angefügt.

- b) In den Nummern 2.1 bis 2.5 werden jeweils das Wort „als“ und hinter dem letzten Wort der Nummer 2.5 der Punkt gestrichen.

- c) Nach Nummer 2.5 wird folgende Nummer 2.6 angefügt:

2.6 Betreuergebühren in Höhe von DM.

- d) Der vorletzte Satz erhält folgende Fassung:

Von dem Zuschußbetrag wird ein Verwaltungs-kostenbeitrag von 0,15 v. H. für die Tätigkeit der INVESTITIONS-BANK abgezogen.

- e) Der letzte Satz wird gestrichen.

- f) In Nummer 4 Bewilligungsrahmen wird neben der letzten Spalte

„Zuschuß
(zu den Kosten
der Erschließung)
DM“

folgende neue Spalte angefügt:

Betreuer
Gebühren
DM

.....
.....
.....
.....

- g) Nummer 5 „Auszahlung“ erhält folgende Fassung:

- 1 Bei der Einschaltung eines Betreuers:

- 1.1 Die bewilligten Zuwendungen werden im Rahmen der verfügbaren Landesmittel (Kassenmittel) nach Maßgabe der Aufteilung in Nummer 4 dieses Bescheides aufgrund der Anforderungen nach Nr. 1.4 ANBest-P ausgezahlt.

Wird ein öffentliches Darlehen bewilligt, erfolgt der Abruf durch den Betreuer über die Hausbank, ggf. über die Zentralbank. Die Auszahlung erfolgt durch die INVESTITIONS-BANK, wenn die formgerechte Eintragungsbewilligung hinsichtlich der Grundschuld (§ 29 GBO) von dem Zuwendungsempfänger gegenüber der Hausbank nachgewiesen wird.

- 1.2 Die Betreuergebühren werden mit schuldbefreiender Wirkung für den Zuwendungsempfänger als Entgelt auf das Konto des Betreuers überwiesen.

- 1.3 Die Betreuergebühren können bis zu 20 v. H. unmittelbar nach der Bewilligung der Mittel gezahlt werden, weitere 40 v. H. bei Baubeginn und die restlichen Gebühren nach Abschluß des Vorhabens (Vorlage des Verwendungsnachweises).

- 2 Ohne Einschaltung eines Betreuers

- 2.1 Der bewilligte Zuschuß wird im Rahmen verfügbarer Landesmittel (Kassenmittel) nach Vorlage von Rechnungen aufgrund einer von mir ausgestellten Freigabebescheinigung von der INVESTITIONS-BANK ganz oder anteilmäßig auf das auf der Freigabebescheinigung angegebene Konto ausgezahlt.

- h) Es wird folgende Nummer 6 angefügt:

6 Auflösende Bedingung

Dieser Zuwendungsbescheid erlischt, wenn nicht innerhalb von 6 Monaten nach Bekanntgabe dieses Bescheides mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen worden ist (§ 36 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG. NW.).

Der Beginn der Maßnahme ist mir innerhalb dieser Frist zu bestätigen.

- i) In II. „Nebenbestimmung“ werden folgende Änderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen:

aa) Die Nummer „1.“ erhält folgende Fassung:

1. Bei Maßnahmen, bei denen ein Betreuer einzuschalten ist, darf nicht ohne die Freigabe durch den Betreuer begonnen werden. Voraussetzungen für die Freigabe durch den Betreuer sind die ordnungsgemäße Ausschreibung (mindestens 3fach) und die Aufstellung des Kostendeckungsplanes nach Kostengruppen gemäß DIN 276 Teil 2.

bb) Die Nummer „3.“ erhält folgende Fassung:

3. Wenn ein Betreuer eingeschaltet wird, erfolgt die Auszahlung der Mittel auf Abruf des Betreuers, und zwar auf ein Konto des Zuwendungsempfängers (bei mehreren Zuwendungsempfängern auf ein gemeinsames Konto oder ein Konto der Zuwendungsempfänger). Dieses Konto ist bei einem Kreditinstitut einzurichten mit der Maßgabe, daß Verfügungen über das Konto nur mit Einwilligung des Betreuers getroffen werden können.

- cc) In Nummer „4.“ wird nach dem zweiten Spiegelstrich vor dem Wort „Darlehen“ das Wort „öffentliche“ eingefügt.

14. Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1990 in Kraft.

- MBl. NW. 1990 S. 1508.

II.

Ministerpräsident

Kgl. Niederländisches Generalkonsulat, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 8. 10. 1990 -
II B 4 - 437 - 3

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter des Generalkonsulats des Königreichs der Niederlande in Düsseldorf ernannten Herrn Johan Gerhard Wilbrenninck am 20. 9. 1990 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Jakob Schoen, am 21. 4. 1986 erteilte Exequatur ist erloschen.

- MBl. NW. 1990 S. 1510.

Innenministerium

Orientierungsdaten 1991 bis 1994 für die Finanzplanung der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Innenministeriums v. 12. 10. 1990 -
III B 1 - 41.40 - 4109/90

Nachfolgend gebe ich gemäß § 24 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 6. Dezember 1972 (GV. NW. S. 418), geändert durch Verordnung vom 5. November 1976 (GV. NW. S. 372), - SGV. NW. 630 - und Nummer 2.9 meines RdErl. v. 7. 7. 1970 (SMBl. NW. 6300) im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Orientierungsdaten 1991 bis 1994 für die Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt.

Die Orientierungsdaten berücksichtigen die wirtschafts- und finanzpolitischen Zielsetzungen. Dabei bilden die Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wie sie auch der Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ beim Bundesminister der Finanzen in seiner Sitzung vom Mai 1990 zugrunde gelegen haben,

den Rahmen für die Orientierungsdaten der Gemeinden und Gemeindeverbände auf der Einnahmen- und Ausgabe-seite. Danach wird von folgender Entwicklung ausgegangen:

Position	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.			
	1989*)	1990	1991	1994/1989**)
Bruttosozialprodukt nominal	+ 6,5	+ 7	+ 6 ½	+ 6
Preisrate des Bruttosozialproduktes	+ 2,5	+ 3	+ 3	+ 3
Bruttosozialprodukt (real)	+ 4,0	+ 3 ½ bis + 4	+ 3 bis + 3 ½	+ 3

*) vorläufiges Ist-Ergebnis des Statistischen Bundesamtes

**) jahresdurchschnittliche Veränderungsrate auf der Basis 1989

Die Steuereinnahmen sind auf der Grundlage des Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ in seiner Sitzung vom Mai 1990 unter Berücksichtigung des geltenden Steuerrechts sowie die besonderen strukturellen Gegebenheiten verschiedener Wirtschaftsbereiche in Nordrhein-Westfalen geschätzt worden. Gleichwohl können sich durch stark unterschiedliche wirtschaftliche Verhältnisse örtlich beträchtliche Unterschiede in der weiteren Entwicklung der Steuereinnahmen ergeben. Bei der Schätzung der Gewerbesteuererinnahmen sind die örtlichen Verhältnisse in besonderem Maße zu berücksichtigen, die von der landesweiten Entwicklung erheblich abweichen können.

An den in der nachfolgenden Tabelle enthaltenen Daten sollen sich die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erstellung und Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 1990 bis 1994 entsprechend §§ 16 Abs. 1 StWG und 62 Abs. 1 GO NW ausrichten. Die Orientierungsdaten sind Durchschnittswerte für den Bereich des Landes und können damit nur Anhaltspunkte für die individuelle gemeindliche Finanzplanung geben. Strukturelle Unterschiede in der Aufgabenstellung sowie die besondere Finanzlage der einzelnen Gemeinde (GV) können sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben zu abweichenden Ergebnissen führen. Es bleibt daher Aufgabe jeder Gemeinde (GV), anhand der landeseinheitlichen Durchschnittswerte und entsprechend den örtlichen Gegebenheiten die für ihre Finanzplanung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln.

Orientierungsdaten 1991-1994 für die Finanzplanung der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen

Einnahme-/Ausgabeart	Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr			
	1991	1992	1993	1994
A.				
Einnahmen				
1. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ¹⁾	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,0
2. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁾ ³⁾	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5
3. Grundsteuer A und B ²⁾	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
4. Übrige Steuern	± 0	± 0	± 0	± 0
5. Zuweisungen des Landes im Rahmen des allgemeinen Steuerverbundes ⁴⁾	x	x	x	x

Einnahme-/Ausgabeart	Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr			
	1991	1992	1993	1994
a) Allgemeine Zuweisungen	x	x	x	x
dar: Schlüsselzuweisungen	x	x	x	x
b) Zweckzuweisungen	x	x	x	x
6. Sonstige Zuweisungen des Landes außerhalb des Steuerverbundes ⁴⁾	x	x	x	x
7. Umlagegrundlagen	x	x	x	x
B.				
Aussagen				
1. Bereinigte Gesamtausgaben ⁵⁾	+4,9	+4,5	+4,3	+3,9
2. Personalausgaben	+4,5	+3,5	+3,5	+3,5
3. Investitionsausgaben	+4,5	+4,5	+4,5	+4,0
4. Sächlicher Verwaltung- und Betriebsaufwand	+3,0	+3,0	+3,0	+3,0
5. Leistungen der Sozialhilfe und ähnliches ⁶⁾	+8,0	+8,0	+7,0	+6,0

Anmerkungen:

- 1) Auf der Grundlage der regionalisierten Steuerschätzung vom 15./17. Mai 1990.
Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird 1991 auf 9800 Mio DM geschätzt. Die Veränderungsrate (+7,5%) ist gegenüber einer Annahme von 9120 Mio DM für 1990 berechnet.
Im übrigen gelten ab 1991 neue Schlüsselzahlen für den Einkommensteueranteil der Gemeinden, da die zugrunde liegenden Werte aus der Einkommensteuerstatistik 1983 durch neue Werte aus 1986 ersetzt werden.
- 2) Die ausgewiesenen Raten gehen vom geltenden Steuerrecht aus. Hebesatzveränderungen sind nur insoweit einbezogen, als sie bereits rechtswirksam sind. Da es sich um eine Durchschnittsentwicklung für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen handelt, kann die einzelne Gemeinde Zu- bzw. Abschläge vornehmen.
- 3) Bei Unternehmen mit Betriebsstätten im Gebiet der ehemaligen DDR können sich durch Zerlegungen u. U. erhebliche Gewerbesteuerausfälle in den hiesigen Gemeinden ergeben.
- 4) Die Eckdaten des kommunalen Finanzausgleichs sind noch festzusetzen.
Innenminister und Finanzminister gehen nach gegenwärtigem Stand (4. September 1990) bei den Schlüsselzuweisungen von einer Steigerungsrate von 5% für 1991 aus.
- 5) Bereinigte Gesamtausgaben sind die gesamten Ausgaben (brutto) abzüglich der bewirtschafteten Fremdmittel, der haushaltstechnischen Verrechnungen (Erstattungen, Zinsen für innere Darlehen, kalkulatorische Kosten, Zuführungsbeträge zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) und der besonderen Finanzierungsvorgänge (Fehl Betragsabdeckung, Rücklagenzuführung, Tilgungsausgaben).
Für eine Gesamtbetrachtung auf Landesebene werden darüber hinaus die Zahlungen von gleicher Ebene und die Gewerbesteuerumlage abgesetzt. Hierauf bezieht sich die angegebene Veränderung.
Für den nicht bereinigten Bereich können sich andere Zuwachsraten ergeben.
- 6) Sozialhilfe (BSHG), Leistungen an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte, Jugendhilfe, sonstige soziale Leistungen.
- 7) Die Umlagegrundlagen werden nach gegenwärtigem Stand im Jahre 1991 um 5,5 v. H. zunehmen.

Zur Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände gebe ich folgende allgemeine Hinweise:

Die kommunalen Finanzen haben sich im Jahre 1989 positiv entwickelt. Insgesamt konnte das Haushaltsjahr mit einem geringfügigen kassenmäßigen Finanzierungsdefizit abgeschlossen werden. Für das laufende Haushaltsjahr 1990 ist nach den derzeit vorliegenden Daten mit einem vergleichbar günstigen Ergebnis zu rechnen.

Trotz der derzeit guten Wirtschaftskonjunktur dürfen mittelfristig die Risiken für die Kommunalfinanzen nicht außer acht gelassen werden. Die z. Z. noch unklaren Kosten des deutschen Einigungsprozesses können die kommunalen Handlungsspielräume der Kommunen wieder einengen. Weitere Gefahren zeichnen sich ab, wenn die Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode an der Absicht festhält, die Unternehmensbesteuerung zu senken und dabei auch die Gewerbesteuer mit einbezieht. Eine zurückhaltende kommunale Ausgabenpolitik ist daher auch weiterhin geboten.

Die Aufsichtsbehörden werden gebeten, die Orientierungsdaten sowie die vorstehenden Ausführungen bei der Erteilung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zu den genehmigungspflichtigen Teilen der Haushaltssatzungen 1991 und der Nachtragshaushaltssatzungen zu berücksichtigen. Bei Vorlage eines im Verwaltungshaushalt unausgeglichenen Haushaltsplanes ist wie in den Vorjahren zu prüfen, ob und inwieweit der Fehlbedarf aus unabwiesbaren Ausgaben resultiert und welche Maßnahmen zur Haushaltssicherung ergriffen werden müssen. Bei der Erteilung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zu den genehmigungspflichtigen Teilen der Haushaltssatzung ist den Gemeinden oder Kreisen, deren Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt nicht innerhalb von zwei Haushaltsjahren abbaubar erscheint, die Aufstellung eines Haushalts-sicherungskonzeptes aufzugeben, das den Haushaltsausgleich sicherstellt und die dazu notwendigen Maßnahmen bezeichnet.

Der Termin für die Abgabe der kommunalen Finanzplanungsergebnisse 1990 bis 1994 beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf den

31. Dezember 1990

festgesetzt.

– MBl. NW. 1990 S. 1510.

T.

Innenministerium**Meldewesen**

**Zuständige Dienststellen
im Gebiet der bisherigen DDR
sowie Berlin (Ost)**

RdErl. d. Innenministeriums v. 12. 10. 1990 –
I B 3/41.601

Im Gebiet der bisherigen DDR sowie in Berlin (Ost) sind bis auf weiteres für das Meldewesen die nachstehend genannten Volkspolizei-Kreisämter (VPKA) bzw. Volkspolizeiinspektionen (VPI) zuständig. Mitteilungen in melderechtlichen Angelegenheiten sind an diese Dienststellen zu richten. Ist eine Wohnung, die Aufschluß über die zuständige Dienststelle der Volkspolizei gibt, nicht bekannt, ist die Mitteilung an das

Zentrale Einwohnerregister
Mauerstraße 29–32
O 1086 Berlin

zu richten.

Auf meinen RdErl. v. 11.9.1990 (n. v.) – I B 3/41.303/41.601 – (Fernschreiben), der den kreisangehörigen Gemeinden durch den Oberkreisdirektor übermittelt wurde, nehme ich Bezug.

Anschriften der Volkspolizei-Kreisämter/Volkspolizei-Inspektionen**Bezirk Rostock**

VPKA Bad Doberan, Paß- und Meldewesen
Straße des Friedens 1
Bad Doberan
2560

VPKA Greifswald, Paß- und Meldewesen
Brinkstraße 13/14
Greifswald
2200

VPKA Grevesmühlen, Paß- und Meldewesen
Am Markt 1
Grevesmühlen
2420

VPKA Grimmen, Paß- und Meldewesen
Dr.-Kurt-Fischer-Straße 3
Grimmen
2320

VPKA Ribnitz-Damgarten, Paß- und Meldewesen
August-Bebel-Straße 43
Ribnitz-Damgarten
2590

VPKA Rostock, Paß- und Meldewesen
Fiete-Schulze-Straße 54
Rostock
2500

VPKA Rügen, Paß- und Meldewesen
Dammstraße 10
Bergen
2330

VPKA Stralsund, Paß- und Meldewesen
Frankendamm 21
Stralsund
2300

VPKA Wismar, Paß- und Meldewesen
Rostocker Straße 80
Wismar
2400

VPKA Wolgast, Paß- und Meldewesen
Breite Straße 21
Wolgast
2220

Bezirk Schwerin

VPKA Bützow, Paß- und Meldewesen
Schloßplatz 1
Bützow
2620

VPKA Gadebusch, Paß- und Meldewesen
PF 55
Gadebusch
2730

VPKA Güstrow, Paß- und Meldewesen
Schwaaner Straße 24
Güstrow
2800

VPKA Hagenow, Paß- und Meldewesen
Schweriner Straße 32
Hagenow
2820

VPKA Ludwigslust, Paß- und Meldewesen
Grabower Allee 2c
Ludwigslust
2800

VPKA Lütz, Paß- und Meldewesen
Blücherstraße 8
Lütz
2860

VPKA Parchim, Paß- und Meldewesen
Platz der Arbeit 1
Parchim
2850

VPKA Perleberg, Paß- und Meldewesen
Berliner Straße 51
Perleberg
2910

VPKA Schwerin, Paß- und Meldewesen
Amtsstraße 21/23
Schwerin
2756

VPKA Sternberg, Paß- und Meldewesen
Rosa-Luxemburg-Straße 1
Sternberg
2720

Bezirk Neubrandenburg

VPKA Altentreptow, Paß- und Meldewesen
Fichtestraße 5
Altentreptow
2020

VPKA Anklam, Paß- und Meldewesen
Philipp-Müller-Straße 14
Anklam
2140

VPKA Demmin, Paß- und Meldewesen
Clara-Zetkin-Straße 14a
Demmin
2030

VPKA Malchin, Paß- und Meldewesen
Parkstraße 11
Malchin
2040

VPKA Neubrandenburg, Paß- und Meldewesen
Beguinestraße 2
Neubrandenburg
2000

VPKA Neustrelitz, Paß- und Meldewesen
Friedrich-Engels-Platz 3
Neustrelitz
2080

VPKA Pasewalk, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Platz 7
Pasewalk
2100

VPKA Prenzlau, Paß- und Meldewesen
Karl-Liebknecht-Straße 2
Prenzlau
2130

VPKA Röbel, Paß- und Meldewesen
Wilhelm-Pieck-Straße 5
Röbel
2070

VPKA Strasburg, Paß- und Meldewesen
Falkenberger Straße 21
Strasburg
2150

VPKA Templin, Paß- und Meldewesen
Friedrich-Engels-Straße 16
Templin
2090

VPKA Teterow, Paß- und Meldewesen
Marktplatz 1/3
Teterow
2050

VPKA Ueckermünde, Paß- und Meldewesen
Rudolf-Breitscheid-Straße 25
Ueckermünde
2120

VPKA Waren, Paß- und Meldewesen
Am Mühlenberg 2
Waren
2060

Bezirk Potsdam

VPKA Belzig, Paß- und Meldewesen
Schloßtor 4
Belzig
1820

VPKA Brandenburg, Paß- und Meldewesen
Magdeburger Straße 52
Brandenburg
1800

VPKA Gransee, Paß- und Meldewesen
Buchholzer Weg 19/21
Gransee
1430

VPKA Jüterborg, Paß- und Meldewesen
Schillerstraße 55/57
Jüterborg
1700

VPKA Königs Wusterhausen, Paß- und Meldewesen
Oberst-Komarow-Straße 26
Königs Wusterhausen
1600

VPKA Kyritz, Paß- und Meldewesen
Straße der DSF 17
Kyritz
1910

VPKA Luckenwalde, Paß- und Meldewesen
Platz der Jugend 25/27
Luckenwalde
1710

VPKA Nauen, Paß- und Meldewesen
Schützenstraße 12
Nauen
1550

VPKA Neuruppin, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 18 a
Neuruppin
1950

VPKA Oranienburg, Paß- und Meldewesen
Leninallee 45 a
Oranienburg
1400

VPKA Potsdam, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 11/13
Potsdam
1500

VPKA Pritzwalk, Paß- und Meldewesen
Franz-Liszt-Straße 6
Pritzwalk
1920

VPKA Rathenow, Paß- und Meldewesen
Rosa-Luxemburg-Straße 1/4
Rathenow
1830

VPKA Wittstock, Paß- und Meldewesen
Straße der DSF 18
Wittstock
1930

VPKA Zossen, Paß- und Meldewesen
Schulstraße 2
Zossen
1630

Bezirk Frankfurt/Oder

VPKA Angermünde, Paß- und Meldewesen
Puschkinallee 12
Angermünde
1320

VPKA Beeskow, Paß- und Meldewesen
Fürstenwalder Straße 3
Beeskow
1230

VPKA Bernau, Paß- und Meldewesen
Weißenseer Straße 21/23
Bernau
1280

VPKA Eberswalde-Finow, Paß- und Meldewesen
Pfeilstraße 3
Eberswalde-Finow
1300

VPKA Eisenhüttenstadt, Paß- und Meldewesen
Diehloer Straße 60
Eisenhüttenstadt
1220

VPKA Bad Freienwalde, Paß- und Meldewesen
Gesundbrunnenstraße 1
Bad Freienwalde
1310

VPKA Fürstenwalde, Paß- und Meldewesen
Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 7
Fürstenwalde
1240

VPKA Frankfurt/Oder, Paß- und Meldewesen
Rosa-Luxemburg-Straße 32
Frankfurt/Oder
1200

VPKA Seelow, Paß- und Meldewesen
Mittelstraße 1
Seelow
1210

VPKA Strausberg, Paß- und Meldewesen
Wriezener Straße 9
Strausberg
1260

VPKA Schwedt, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 25 a
Schwedt
1330

Bezirk Cottbus

VPKA Bad Liebenwerda, Paß- und Meldewesen
Straße der VP 8
Bad Liebenwerda
7950

VPKA Calau, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 130
Calau
7540

VPKA Cottbus, Paß- und Meldewesen
Karl-Liebknecht-Straße 130
Cottbus
7500

VPKA Finsterwalde, Paß- und Meldewesen
Paul-Liehr-Straße 5
Finsterwalde
7980

VPKA Forst, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 54
Forst
7570

VPKA Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, Paß- und Meldewesen
Wilhelm-Pieck-Straße 40/41
Wilhelm-Pieck-Stadt Guben
7560

VPKA Herzberg, Paß- und Meldewesen
Falkenberger Straße 19
Herzberg
7930

VPKA Hoyerswerda, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Straße 6
Hoyerswerda
7700

VPKA Jessen, Paß- und Meldewesen
Karl-Liebknecht-Straße 5
Jessen
7940

VPKA Luckau, Paß- und Meldewesen
Am Markt 31
Luckau
7980

VPKA Lübben, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 31
Lübben
7550

VPKA Senftenberg, Paß- und Meldewesen
Rudolf-Breitscheid-Straße 14
Senftenberg
7840

VPKA Spremberg, Paß- und Meldewesen
Kantstraße 4
Spremberg
7590

VPKA Weißwasser, Paß- und Meldewesen
Dimitroffstraße 2
Weißwasser
7580

Bezirk Magdeburg

VPKA Burg, Paß- und Meldewesen
Leninstraße 29 b
Burg
3270

VPKA Gardelegen, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 48
Gardelegen
3570

VPKA Genthin, Paß- und Meldewesen
Georgi-Dimitroff-Straße 83
Genthin
3280

VPKA Halberstadt, Paß- und Meldewesen
Plantage 3
Halberstadt
3600

VPKA Haldensleben, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 68/70
Haldensleben
3240

VPKA Havelberg, Paß- und Meldewesen
Platz der Einheit 3
Havelberg
3530

VPKA Klötze, Paß- und Meldewesen
Engels-Straße 58
Klötze
3580

VPKA Magdeburg, Paß- und Meldewesen
PSF 342
Magdeburg
3010

VPKA Oschersleben, Paß- und Meldewesen
Thälmann-Straße 10
Oschersleben
3230

VPKA Osterburg, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Straße 16
Osterburg
3540

VPKA Salzwedel, Paß- und Meldewesen
Große Pagenbergstraße 10
Salzwedel
3560

VPKA Schönebeck, Paß- und Meldewesen
Nicolaistraße 1
Schönebeck
3300

VPKA Staßfurt, Paß- und Meldewesen
Stadionstraße
Staßfurt
3250

VPKA Stendal, Paß- und Meldewesen
Dr.-Kurt-Fischer-Straße 18/19
Stendal
3500

VPKA Wanzleben, Paß- und Meldewesen
Lindenpromenade 21
Wanzleben
3120

VPKA Wernigerode, Paß- und Meldewesen
Nicolaiplatz 2
Wernigerode
3700

VPKA Wolmirstedt, Paß- und Meldewesen
Friedensstraße 48
Wolmirstedt
3210

VPKA Zerbst, Paß- und Meldewesen
Heide 1/7
Zerbst
3400

Bezirk Halle

VPKA Artern, Paß- und Meldewesen
Rudolf-Breitscheid-Straße 13
Artern
4730

VPKA Aschersleben, Paß- und Meldewesen
Dr.-Wilhelm-Reil-Straße 26
Aschersleben
4320

VPKA Bernburg, Paß- und Meldewesen
Philipp-Müller-Straße 35
Bernburg
4350

VPKA Bitterfeld, Paß- und Meldewesen
Platz der DSF 1
Bitterfeld
4400

VPKA Dessau, Paß- und Meldewesen
Dr.-Otto-Nuschke-Straße 25
Dessau
4500

VPKA Eisleben, Paß- und Meldewesen
John-Schehr-Straße 40
Eisleben
4250

VPKA Gräfenhainichen, Paß- und Meldewesen
August-Bebel-Straße 32
Gräfenhainichen
4450

VPKA Halle, Paß- und Meldewesen
Dreyhauptstraße 2
Halle
4020

VPKA Hettstedt, Paß- und Meldewesen
Günther-Mayr-Platz 1
Hettstedt
4270

VPKA Hohenmölsen, Paß- und Meldewesen
Goethestraße 26
Hohenmölsen
4860

VPKA Köthen, Paß- und Meldewesen
Schloßplatz 5
Köthen
4370

VPKA Merseburg, Paß- und Meldewesen
Friedrich-Engels-Straße 10/12
Merseburg
4200

VPKA Naumburg, Paß- und Meldewesen
Nordstraße 17/19
Naumburg
4800

VPKA Nebra, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 20
Nebra
4820

VPKA Quedlinburg, Paß- und Meldewesen
Schillerstraße 3
Quedlinburg
4300

VPKA Querfurt, Paß- und Meldewesen
Merseburger Straße 53/55
Querfurt
4240

VPKA Roßlau, Paß- und Meldewesen
Südstraße 5/7
Roßlau
4530

VPKA Sangerhausen, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Straße 58
Sangerhausen
4700

VPKA Weißenfels, Paß- und Meldewesen
Am Kloster 2
Weißenfels
4850

VPKA Wittenberg, Paß- und Meldewesen
Juristenstraße 13a
Wittenberg
4800

VPKA Zeitz, Paß- und Meldewesen
Friedensplatz 18/19
Zeitz
4900

Bezirk Erfurt

VPKA Apolda, Paß- und Meldewesen
Dorngasse 6
Apolda
5320

VPKA Arnstadt, Paß- und Meldewesen
Ichttershäuser Straße 27
Arnstadt
5210

VPKA Eisenach, Paß- und Meldewesen
August-Bebel-Straße 6
Eisenach
5900

VPKA Erfurt, Paß- und Meldewesen
Werner-Seelenbinder-Straße 1
Erfurt
5071

VPKA Gotha, Paß- und Meldewesen
Reinhardsbrunner Straße 11
Gotha
5800

VPKA Heiligenstadt, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Straße 3
Heiligenstadt
5630

VPKA Bad Langensalza, Paß- und Meldewesen
Straße der Thälmann-Pioniere 3
Bad Langensalza
5820

VPKA Mühlhausen, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 4
Mühlhausen
5700

VPKA Nordhausen, Paß- und Meldewesen
Pferdemarkt 1
Nordhausen
5500

VPKA Sömmerda, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 29
Sömmerda
5230

VPKA Sondershausen, Paß- und Meldewesen
Conrad-Röntgen-Straße 1
Sondershausen
5400

VPKA Weimar, Paß- und Meldewesen
Carl-von-Ossietzky-Straße 60
Weimar
5300

VPKA Worbis, Paß- und Meldewesen
Nordhäuser Straße 39
Worbis
5820

Bezirk Gera

VPKA Eisenberg, Paß- und Meldewesen
Rosa-Luxemburg-Straße 12
Eisenberg
6520

VPKA Gera, Paß- und Meldewesen
Amthorstraße 6
Gera
6500

VPKA Greiz, Paß- und Meldewesen
Brunnengasse 10
Greiz
6800

VPKA Jena, Paß- und Meldewesen
Käthe-Kollwitz-Straße 1
Jena
6900

VPKA Lobenstein, Paß- und Meldewesen
Parkstraße 1
Lobenstein
6850

VPKA Pößneck, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 18
Pößneck
6840

VPKA Rudolstadt, Paß- und Meldewesen
August-Bebel-Straße 2
Rudolstadt
6820

VPKA Saalfeld, Paß- und Meldewesen
Promadenweg 9
Saalfeld
6800

VPKA Schleiz, Paß- und Meldewesen
Alter Berg 7
Schleiz
6550

VPKA Stadtroda, Paß- und Meldewesen
Straße der Jugend 12
Stadtroda
6540

VPKA Zeulenroda, Paß- und Meldewesen
Wilhelm-Pieck-Straße 15
Zeulenroda
6570

Bezirk Dresden

VPKA Bautzen, Paß- und Meldewesen
Lessingstraße 7
Bautzen
8600

VPKA Bischofswerda, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 23
Bischofswerda
8500

VPKA Dippoldiswalde, Paß- und Meldewesen
Platz des Friedens 28
Dippoldiswalde
8230

VPKA Dresden, Paß- und Meldewesen
Schießgasse 7
Dresden
8010

VPKA Freital, Paß- und Meldewesen
Dresdener Straße 203
Freital
8210

VPKA Görlitz, Paß- und Meldewesen
Gobbinstraße 5
Görlitz
8900

VPKA Großenhain, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 4
Großenhain
8280

VPKA Kamenz, Paß- und Meldewesen
Poststraße 4
Kamenz
8290

VPKA Löbau, Paß- und Meldewesen
Richard-Müller-Straße 12
Löbau
8700

VPKA Meißen, Paß- und Meldewesen
Neumarkt 18/19
Meißen
8250

VPKA Niesky, Paß- und Meldewesen
Dr.-Kurt-Fischer-Straße 2
Niesky
8920

VPKA Pirna, Paß- und Meldewesen
Badergasse 5
Pirna
8300

VPKA Riesa, Paß- und Meldewesen
Klosterstraße 4
Riesa
8400

VPKA Sebnitz, Paß- und Meldewesen
Finkenbergsstraße 13
Sebnitz
8360

VPKA Zittau, Paß- und Meldewesen
Haberkornplatz 2
Zittau
8800

Bezirk Suhl

VPKA Suhl, Paß- und Meldewesen
Straße des 7. Oktober 2
Suhl
6000

VPKA Bad Salzungen, Paß- und Meldewesen
Karl-Liebknecht-Straße 11
Bad Salzungen
6200

VPKA Hildburghausen, Paß- und Meldewesen
Geschwister-Scholl-Straße 37
Hildburghausen
6110

VPKA Ilmenau, Paß- und Meldewesen
Amtsstraße 2
Ilmenau
6300

VPKA Meiningen, Paß- und Meldewesen
Leipziger Straße 4
Meiningen
6100

VPKA Neuhaus, Paß- und Meldewesen
Sonneberger Straße 53
Neuhaus
6420

VPKA Schmalkalden, Paß- und Meldewesen
Weidebrunner Gasse 27
Schmalkalden
6080

VPKA Sonneberg, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Straße 52
Sonneberg
6400

Bezirk Leipzig

VPKA Altenburg, Paß- und Meldewesen
Bei der Bräuerkirche 1
Altenburg
7400

VPKA Borna, Paß- und Meldewesen
Rosa-Luxemburg-Straße 8
Borna
7200

VPKA Delitzsch, Paß- und Meldewesen
Dübener Straße 20
Delitzsch
7270

VPKA Döbeln, Paß- und Meldewesen
Beljannisstraße 30
Döbeln
7300

VPKA Eilenburg, Paß- und Meldewesen
Dr.-Külz-Ring 17
Eilenburg
7280

VPKA Geithain, Paß- und Meldewesen
Leipziger Straße 1
Geithain
7230

VPKA Grimma, Paß- und Meldewesen
Klosterstraße 9
Grimma
7240

VPKA Leipzig, Paß- und Meldewesen
Dimitroffstraße 3/5
Leipzig
7010

VPKA Oschatz, Paß- und Meldewesen
Theodor-Körner-Straße 2
Oschatz
7260

VPKA Schmöln, Paß- und Meldewesen
Markt 2
Schmöln
7420

VPKA Torgau, Paß- und Meldewesen
Markt 1
Torgau
7290

VPKA Wurzen, Paß- und Meldewesen
Amtshof 2
Wurzen
7250

Bezirk Karl-Marx-Stadt

VPKA Annaberg, Paß- und Meldewesen
Klosterstraße 23
Annaberg
9300

VPKA Aue, Paß- und Meldewesen
Lessingstraße 15
Aue
9400

VPKA Auerbach, Paß- und Meldewesen
Friedrich-Engels-Straße 15
Auerbach
9700

VPKA Brand-Erbisdorf, Paß- und Meldewesen
Ernst-Thälmann-Straße 19/21
Brand-Erbisdorf
9230

VPKA Flöha, Paß- und Meldewesen
Augustusburger Straße 94
Flöha
9380

VPKA Freiberg, Paß- und Meldewesen
Beethovenstraße 8
Freiberg
9200

VPKA Glauchau, Paß- und Meldewesen
Platz der Roten Armee 7
Glauchau
9610

VPKA Hainichen, Paß- und Meldewesen
Dr.-Kurt-Fischer-Straße 4
Hainichen
9260

VPKA Hohenstein-Ernstthal, Paß- und Meldewesen
Karl-Marx-Straße 22
Hohenstein-Ernstthal
9270

VPKA Chemnitz, Paß- und Meldewesen
Helmut-Just-Straße 24
Chemnitz
9010

VPKA Klingenthal, Paß- und Meldewesen
Bahnhofstraße 10
Klingenthal
9650

VPKA Marienberg, Paß- und Meldewesen
Goethering 2
Marienberg
9340

VPKA Oelsnitz, Paß- und Meldewesen
Friedrich-Engels-Straße 2
Oelsnitz
9920

VPKA Plauen, Paß- und Meldewesen
Freiheitsstraße 2
Plauen
9900

VPKA Reichenbach, Paß- und Meldewesen
Heinrich-Heine-Straße 12
Reichenbach
9800

VPKA Rochlitz, Paß- und Meldewesen
Friedrich-Engels-Straße 1a
Rochlitz
9290

VPKA Schwarzenberg, Paß- und Meldewesen
Obere Schloßstraße 13/17
Schwarzenberg
9430

VPKA Stollberg, Paß- und Meldewesen
Zwönitzer Straße 10
Stollberg
9150

VPKA Werdau, Paß- und Meldewesen
Schulstraße 18
Werdau
9620

VPKA Zschopau, Paß- und Meldewesen
Platz der Befreiung 4
Zschopau
9360

VPKA Zwickau, Paß- und Meldewesen
Lessingstraße 17/21
Zwickau
9541

Berlin (Ost)

VPI Hellersdorf, Paß- und Meldewesen
Cottbusser Platz 11
Berlin
1144

VPI Friedrichshain, Paß- und Meldewesen
Wedekindstraße 10
Berlin
1034

VPI Hohenschönhausen, Paß- und Meldewesen
Wartenberger Straße 124
Berlin
1092

VPI Köpenick, Paß- und Meldewesen
Wendenschloßstraße 130
Berlin
1170

VPI Lichtenberg, Paß- und Meldewesen
Schottstraße 4
Berlin
1130

VPI Marzahn, Paß- und Meldewesen
Marchwizastraße 16
Berlin
1140

VPI Mitte, Paß- und Meldewesen
Keibelstraße 35
Berlin
1026

VPI Pankow, Paß- und Meldewesen
Berliner Straße 16
Berlin
1100

VPI Prenzlauer Berg, Paß- und Meldewesen
Schönhauser Allee 22
Berlin
1058

VPI Treptow, Paß- und Meldewesen
Sterndamm 102
Berlin
1197

VPI Weißensee, Paß- und Meldewesen
Albertinenstraße 6
Berlin
1120

- MBl. NW. 1990 S. 1511.

Justizministerium**Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels
des Amtsgerichts Duisburg-Ruhrort**

Bek. d. Justizministeriums v. 2. 10. 1990 -
5413 E - I B. 230

Bei dem Amtsgericht Duisburg-Ruhrort ist der nachstehend näher bezeichnete Dienststempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraten.

Der Stempel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Stempels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Direktor des Amtsgerichts Duisburg-Ruhrort mitzuteilen.

Beschreibung des Dienststempels

Gummistempel

Durchmesser: 34 mm

Umschrift: Amtsgericht Duisburg-Ruhrort

Kenn-Nummer: 14

- MBl. NW. 1990 S. 1518.

**Ministerium für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft****Durchführung
des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)****Vorschläge für die Berufung
der Arbeitnehmerbeauftragten
in den Berufsbildungsausschuß
der Tierärztekammer Nordrhein**

Bek. d. Ministeriums für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft v. 12. 9. 1990 -
II C 1 - 1500 - 7424

Der aufgrund von § 56 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692), bei der Tierärztekammer Nordrhein errichtete Berufsbildungsausschuß ist nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der Berufungen der bisherigen Mitglieder neu zu besetzen.

Unter Bezugnahme auf § 56 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes werden die im Bezirk der Tierärztekammer Nordrhein bestehenden vorschlagsberechtigten Organisationen aufgefordert, dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Schwannstr. 3, 4000 Düsseldorf 30, bis spätestens vier Wochen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Vorschläge für die Berufung der Beauftragten der Arbeitnehmer und ihrer Stellvertreter in den Berufsbildungsausschuß der Tierärztekammer Nordrhein einzureichen. Die Vorschläge müssen enthalten:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Beruf, Arbeitsstätte und Anschrift der vorgeschlagenen Personen, sowie die Bestätigung darüber, daß die Vorgeschlagenen schriftlich ihre Zustimmung zur Berufung in den Berufsbildungsausschuß erklärt haben.
2. Angaben über die Mitgliederzahl der vorschlagsberechtigten Berufsorganisationen.

- MBl. NW. 1990 S. 1518.

Landschaftsverband Rheinland**9. Landschaftsversammlung Rheinland
1989-1994****Feststellung eines Nachfolgers**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland v. 8. 10. 1990

Für das ausgeschiedene Mitglied der 9. Landschaftsversammlung Rheinland

Herr Harry Boeken

rückt der nächste Bewerber aus der Reserveliste,

Herr Paul Bludau-Beutner

als Nachfolger nach.

Gemäß § 7 a (6) Satz 4 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 (GS. NW. S. 217) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Rechtsbereinigungsgesetzes 1987 für das Land NW (GV. NW. S. 345), habe ich den Nachfolger mit Wirkung vom 20. 9. 1990 festgestellt und mache dies hiermit öffentlich bekannt.

Köln, den 8. Oktober 1990

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland
Dr. Fuchs

- MBl. NW. 1990 S. 1518.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe**Bekanntmachung
des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe****Vom 25. September 1990****Betr.:** Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit der Stadt Herford

Zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Herford sind öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über den Ausbau der Ortsdurchfahrt Herford im Zuge der L 778/L 712 mit Datum vom 21. 3./14. 5./28. 6. 1990 abgeschlossen worden.

Auf die Bekanntmachung dieser Vereinbarungen in der lfd. Nr. 34 des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Detmold wird gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26. April 1961 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NW. S. 621/SGV. NW. 202) hingewiesen.

Münster, 25. September 1990

Neseker

Direktor des Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe

- MBl. NW. 1990 S. 1519.

Innenministerium**Öffentliche Sammlungen**Bek. d. Innenministeriums v. 26. 10. 1990 -
I B 1/24 - 12.12

Der Konferenz für kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1, habe ich die Erlaubnis erteilt, in der Zeit vom **1. Januar bis 31. Dezember 1991** an insgesamt 16 Tagen auf den Bahnhöfen (Bahnhofsgelände) der Deutschen Bundesbahn im Lande Nordrhein-Westfalen öffentliche Geldsammlungen unter Benutzung von Sammelbüchsen durchzuführen.

An Tagen, an denen andere Haus- und Straßensammlungen stattfinden, ist eine Sammlung der Bahnhofsmission nicht erlaubt.

- MBl. NW. 1990 S. 1519.

Finanzministerium**Jahresabschluß
für das Haushaltsjahr 1990
- Bundeshaushalt -**RdErl. d. Finanzministeriums v. 23. 10. 1990 -
I D 3 - 0071 - 25.2

Das Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 12. 9. 1990 über den Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1990 ist im Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen, Nr. 11, veröffentlicht worden. Ich weise die Stellen in der Landes- und Kommunalverwaltung, die den Bundeshaushalt bewirtschaften, darauf hin, daß

1. der **3. Januar 1991** für die Bundeskassen der letzte Zahlungstag für das Haushaltsjahr 1990 ist, **T.**
2. Auszahlungsanordnungen für das Haushaltsjahr 1990 den Bundeskassen mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage und die zwangsläufige Mehrbelastung der Kassen unmittelbar vor Abschluß des Haushaltsjahres nicht erst kurz vor Ende des Haushaltsjahres, sondern **frühzeitig**, und zwar möglichst zwischen dem 14. und 19. Dezember 1990, zuzuleiten sind, da bei später eingehenden Anordnungen nicht sichergestellt werden kann, daß sie noch zu Lasten der Mittel des Haushaltsjahres 1990 ausgeführt werden, **T.**
3. im Abschnitt C des vorbezeichneten Rundschreibens Regelungen zum Jahresabschluß im automatisierten Verfahren des Bundes (HKR-Verfahren) enthalten sind, die auch für die Titelverwalter von Interesse sind.

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

- MBl. NW. 1990 S. 1519.

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 53 v. 4. 9. 1990**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
223	7. 8. 1990	Zehnte Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung NW	430
631	13. 8. 1990	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach den §§ 57 bis 59 der Landeshaushaltsordnung	433
764	15. 8. 1990	Erste Verordnung zur Änderung der Sparkassenverordnung	433
	9. 8. 1990	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1990/91	430

– MBl. NW. 1990 S. 1520.

Nr. 54 v. 26. 9. 1990

(Einzelpreis dieser Nummer 3,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
2010	13. 9. 1990	Verordnung zur Bestimmung eines Kostenbeitrages für Vollstreckungsersuchen des Entsorgungsvorstandes, der Emschergerossenschaft, des Lippeverbandes und des Ruhrverbandes	445
223	14. 8. 1990	Verordnung über die Bezeichnung der nach Abschluß eines Studiengangs an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst zu verleihenden Diplomgrade und die Zuordnung dieser Diplomgrade zu den Fachrichtungen und Studiengängen (Dipl. VO-FHöD)	436
223	22. 8. 1990	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gleichwertigkeit von Vorbildungsnachweisen mit dem Zeugnis der Hochschulreife (Qualifikationsverordnung – QVO)	437
223	28. 8. 1990	Fünfte Verordnung zur Änderung der Ordnung der Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen	445
301	14. 8. 1990	Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 32 Abs. 2 des Warenzeichengesetzes	445
631	15. 8. 1990	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach den §§ 57 bis 59 der Landeshaushaltsordnung	445

– MBl. NW. 1990 S. 1520.

Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM
 zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569